

Schnelle Hilfe für die Menschen in Afghanistan

1 Im August diesen Jahres gab es ein vorherrschendes politisches Thema: die dramatische Situation in Af-
2 ghanistan. Nach dem raschen und - wie sich nun zeigt - falsch geplanten Abzug der US-amerikanischen
3 und NATO-Truppen (darunter auch die Soldat*innen der deutschen Bundeswehr) seit Mai diesen Jahres
4 hat die menschenfeindliche Terrorgruppe Taliban innerhalb kürzester Zeit fast ganz Afghanistan unter
5 ihre Kontrolle gebracht. Aufgrund einer massiven Fehleinschätzung der Regierungen und Geheimdienste
6 des sog. "Westens" kam es zu einer Situation, auf die auch die Bundesregierung wohl nicht vorbereitet
7 war.

8 So sagte Außenminister Heiko Maas noch im Juni, dass er nicht davon ausgehe, dass die Taliban in ein
9 paar Monaten das Zepter in der Hand hielten. Ähnlich meinte auch der US-amerikanische Präsident Joe
10 Biden, dass es keinen zweiten Saigon-Moment (am Ende des Vietnam-Kriegs mussten US-amerikanische
11 Botschaftsmitarbeiter*innen mit Militärhubschraubern evakuiert werden) geben werde. Beide Aussagen
12 haben sich als massive Fehleinschätzung erwiesen. Man kann es nicht anders als eines der größten diplo-
13 matischen und geopolitischen Niederlagen des "Westens" im 21. Jahrhundert beschreiben.

14 *Sicherheit der Ortskräfte*

15 Die aktuelle Situation ist vor allem eine reale Bedrohung für Leib und Leben für die Menschen vor Ort -
16 insbesondere für viele Menschen, die für die Bundeswehr und deutsche Hilfsorganisationen gearbeitet
17 haben (sog. Ortskräfte). Schon jetzt mehren sich Medienberichte, dass Mitglieder der Taliban durch Häu-
18 ser auf der Suche nach ehemaligen Ortskräften streifen. Sie befinden sich in der ausweglosen Situation
19 zunächst in die vermeintlich auf Monate hin sicher geglaubte Hauptstadt Kabul geflüchtet zu sein, nur um
20 dann festzustellen, dass Kabul innerhalb kürzester Zeit auch von den Taliban erobert wurde. Nun werden
21 sie von der Bundesregierung und den anderen vor Ort stationierten Staaten im Stich gelassen.

22 Erschreckend ist, dass es bis dato erst wenige Visaverfahren für Ortskräfte gegeben hat. Daran wird deut-
23 lich, dass die Vergabe von Visaverfahren deutlich zu langsam abläuft. Der ursprüngliche Plan der Bundes-
24 regierung und des Auswärtigen Amtes lautete eine Außendienststelle der deutschen Botschaft in Masar-e
25 Sharif einzurichten, die die Visaverfahren koordinieren sollte. Dieser Plan sowie die generelle Möglichke-
26 it eine Botschaft in Afghanistan aufrechtzuerhalten, wurden jedoch durch das schnelle Vorrücken durch die
27 Taliban zunichte gemacht.

28 Für viele Ortskräfte kam es so zu einer nun lebensbedrohlichen Situation, weil die deutschen Behörden es
29 ablehnten, Ortskräfte großzügig nach Deutschland auszufliegen - wohl aus Angst, dass man auch von der
30 deutschen Bürokratie ausgeschlossene Menschen somit nach Deutschland bringen würde. Daher saßen
31 Mitte August noch 7000-8000 Ortskräfte und ihre Familien in Afghanistan fest. Neben der Fehleinschät-
32 zung der Lage vor Ort war der Grund hierfür vor allem die Visa-Problematik, da das Innenministerium
33 nicht bereit war frühzeitige Änderungen vorzunehmen und Visaanträge auch in Deutschland stellen zu las-
34 sen. Gleichzeitig konnten die Ortskräfte, denen die sichere Ausreise von den Staaten für die sie während
35 des Einsatzes gearbeitet hatten, versprochen wurde, das Land nicht verlassen, da ihre Visa-Ansprüche
36 außerhalb von Afghanistan nicht anerkannt werden würden. Explizit das bisherige deutsche Verfahren
37 bringt die Ortskräfte in zusätzliche Gefahr: Um nachweisen zu können, für den Westen gearbeitet zu ha-
38 ben, müssen sie ihren Arbeitsvertrag bei sich tragen. Alleine dies bedeutet eine lebensbedrohliche Gefahr
39 für sie, wenn die Taliban sie mit einem solchen Arbeitsvertrag entdecken. Mittlerweile berichten Medien
40 von möglichen Tribunalen, mit denen die Taliban ehemalige Ortskräfte verfolgen und bestrafen wollen.

41 Es beginnt also genau der Zustand einzutreten, der unter allen Umständen verhindert werden sollte, und
42 bei einer guten präventiven Politik verhinderbar gewesen wäre.

43 Während die Evakuierungsflüge vom Kabuler Flughafen bis Ende August durchgeführt wurden, hatten die
44 Taliban einen Ring um den Kabuler Flughafen – der nach der Übernahme Kabuls der einzige Ort in Kabul
45 war, der nicht unter der Kontrolle der Taliban stand – gebildet. Damit sollte verhindert werden, dass wei-
46 tere schutzbedürftige den Flughafen erreichen. Die, die den Flughafen in Kabul noch rechtzeitig erreicht
47 haben, und auch viele weitere Menschen, die aus purer Angst zum Flughafen geflüchtet sind, befanden
48 sich nur scheinbar in Sicherheit, da die Sicherheitslage am Flughafen, wie ihre weiteren Lebensumstände
49 unklar waren. Bilder von verzweifelten Menschen, die sich an ein startendes Flugzeug klammern spre-
50 chen Bände und rechtfertigen von einer humanitären Katastrophe zu sprechen. Des Weiteren gefährden
51 die bisherigen Terroranschläge, die vermeintlich dem IS zuzuschreiben sind, als auch mögliche weitere
52 Terroranschläge, die Lage vor Ort erheblich und machen den Aufenthalt am Kabuler Flughafen für alle,
53 sowohl Zivilist*innen als auch Soldat*innen, zu einer lebensbedrohlichen Situation.

54 Nachdem am 31.08 das Ultimatum der Taliban abgelaufen war und die letzten Truppen des Westens sich
55 per Flugzeug aus Afghanistan retteten, übernahmen die Taliban den Flughafen und für die Schutzbedürf-
56 tigen und alle weiteren nach Hilfe suchenden Personen erlosch die Hoffnung auf eine sichere Flucht in
57 den Westen. Viele Menschen blieben in Kabul und in ganz Afghanistan zurück, die so dringend auf die
58 Hilfe des Westens angewiesen waren. Für uns ist daher klar: Es müssen jetzt weiter Wege gefunden wer-
59 den um den Menschen in Afghanistan zu helfen und eine sicherer Flucht zu ermöglichen. Dies könnte zum
60 Beispiel durch Wege über Drittstaaten erreicht werden. Nachdem die Fluchtmöglichkeit über den Luftweg
61 nicht mehr möglich war, machten sich viele Menschen auf den Weg in Nachbarländer, wie z.B. den Iran.
62 Dort sitzen die Hilfe suchenden Menschen mittlerweile seit knapp einem Monat fest. Die Schlangen vor
63 der deutschen Botschaft im Iran sind lang, da die deutsche Botschaft für viele Geflüchtete der einzige Weg
64 in eine sicherer Zukunft scheint. Der Iran und weitere Nachbarländer, in denen Geflüchtete aus Afghani-
65 stan Schutz suchen drohen mit der Abschiebung der Geflüchteten nach Afghanistan und somit zurück in
66 das terroristische, frauenfeindliche, homofeindliche, transfeindliche, undemokratische, radikalreligiöses,
67 gewaltbereites Regime, vor dem die vielen Menschen geflohen sind. Daher fordern wir, dass Deutschland
68 die nach Hilfe suchenden Personen aus den Drittstaaten aufnimmt.

69 *Zukunft der Ortskräfte und Geflüchteten*

70 Für die Ortskräfte muss die Möglichkeit geschaffen werden eine unbedingte und unbegrenzte Aufent-
71 haltsgenehmigung in Deutschland zu erhalten- egal wie lange man schon für deutsche Organisationen
72 oder die Bundeswehr arbeitet. Hierfür muss sich die SPD in der Bundesregierung einsetzen - auch muss
73 dies eine Bedingung für den möglichen Eintritt in eine künftige Bundesregierung sein. Die aktuelle Rege-
74 lung, dass nach jedem Jahr überprüft wird, ob die dann ehemaligen Ortskräfte ihren Aufenthaltsstatus in
75 Deutschland behalten dürfen, muss abgeschafft werden. Es zeugt von einer unhumanen Geflüchtetenpo-
76 litik gegenüber den Menschen, die teilweise unter lebensbedrohlichen Bedingungen deutschen Organi-
77 sationen und der Bundeswehr halfen. Diese Einstellung, die wohl dem rechts-konservativen CDU-Mantra
78 "2015 darf sich nicht wiederholen" (an Verachtung gegenüber menschlichen Leben ist diese Aussage nicht
79 zu überbieten) entstammt, kann und darf nie die Position der SPD sein!

80 Des Weiteren müssen weiterführende Sprachkurse zur Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt
81 sowie die Eingliederung in selbigen aktiv unterstützt werden. Das soll natürlich auch für alle Geflüchteten
82 aus Afghanistan gelten, die zwar keine Ortskräfte waren, jedoch auf Grund der Machtübernahme durch
83 die Taliban das Land verlassen mussten. Die Geflüchteten aus Afghanistan dürfen unter keinen Umstän-
84 den abgeschoben werden. Daher lehnen wir ebenfalls eine Abschiebung in weitere EU Länder, bei denen
85 unklar ist, ob sie den Geflüchteten eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erteilen, ab. So sollen jeg-
86 liche Abschiebungen der Schutzbedürftigen verhindert werden und ihnen eine langfristige Perspektive
87 ermöglicht werden. Zugleich muss auch festgestellt werden, dass nicht nur die Ortskräfte, sondern auch

88 viele weitere Menschen unter dem Regime der Taliban leiden werden, insbesondere Frauen, LGBTQIA*,
89 Aktivist*innen, Anwält*innen, Journalist*innen und viele weiter mehr. Diese Menschen, die lange Zeit auf
90 die Hilfe des politischen Westens vertraut haben, müssen jetzt um ihr Leben fürchten. Dies ist eine huma-
91 nitäre Katastrophe! Daher fordern wir, dass nicht nur den Ortskräften und ihren Familien Schutz gewährt
92 wird, sondern auch allen weiteren Flüchtlingen aus Afghanistan, die zu besonders gefährdeten Gruppen
93 gehören und/oder dem Regime der Taliban entfliehen.

94 *Gesundheitliche Lage in Afghanistan und für Geflüchtete in Deutschland*

95 Wir müssen für Geflüchtete/ fliehenden Menschen eine gute gesundheitliche Versorgung in Deutschland
96 gewährleisten. Gerade die psychische Gesundheit bei Kindern ist durch schwere Übergriffe und durch
97 Fluchterfahrung in besonders hohem Maße gefährdet. Die traumatischen Erlebnisse müssen durch nied-
98 rigschwellige Zugänge zu therapeutischen Angeboten gesichert werden. Trauma-therapeutische Ange-
99 bote müssen ausgebaut werden und transparent sein. Dazu sollen Anlaufstellen und Beratungsstellen
100 konkret Hilfsangebote vermitteln. Zu beachten ist dabei, dass sprachliche Barrieren auftreten können
101 und überwunden werden müssen.

102 Anlass zur Sorge bereitet aber auch die Gesundheitsversorgung in Afghanistan. Die WHO warnt vor dem
103 Zusammenbruch des Gesundheitssystems. Der Vorrat an Medikamenten und medizinischem Gerät ist
104 so gering, dass er nur noch für kurze Zeit reicht. Frauen und Kinder als Patient*innen und weibliches
105 Personal bleiben (vermutlich aus Angst und Sorge vor Übergriffen) den Krankenhäusern fern. Zudem
106 drohten bereits zu Beginn des Jahres 2021 etwa eine Million Kinder zu verhungern, die Zahl wird sich
107 deutlich erhöht haben. Die Impfskepsis der Taliban trägt darüber hinaus einen wesentlichen Teil dazu bei,
108 dass Masern und Polio (Kinderlähmung) zu einem großen gesundheitlichen Risiko in Afghanistan werden
109 können. Die Vereinten Nationen müssen auch weiterhin die humanitären Partner vor Ort unterstützen,
110 um gesundheitliche Katastrophen abzuwenden. Zudem muss die Ausstattung mit Medikamenten und
111 medizinischen Geräten sichergestellt werden.

112 Aufgrund dieser Gefährdung verschiedenster Gruppen muss klar sein, dass alle möglichen Bemühungen
113 unternommen werden, um den Schutzbedürftigen zu helfen! Nachdem die Luftbrücke – die nur einen Teil
114 der Schutzbedürftigen retten konnte und somit einen großen Teil an Schutzbedürftigen Personen zurück
115 gelassen wurden – nach dem Ultimatum der Taliban aufgegeben wurde, müssen nun sichere Fluchtwege
116 geschaffen werden. Dies kann durch Verhandlungen mit Drittstaaten vor Ort gelingen oder in Zusammen-
117 arbeit mit anderen Staaten, die noch Teile der Luftbrücke aufrecht erhalten.

118 Auch diesen Menschen und weiteren die nach der Beendigung der Luftbrücke nach Deutschland fliehen,
119 muss eine dauerhafte Bleibeperspektive ermöglicht werden; nicht nur eine Duldung. Es gilt auch hier,
120 dass unsere humanitäre Verantwortung keine Grenzen kennen darf. Es darf keine Obergrenze geben!

121 Bemühungen von NGOs und privaten Initiativen, die zur Zeit Flugzeuge chartern und mit diesen Kabul
122 anfliegen wollten und auch zum Teil angefliegen sind, zeigen wieder einmal deutlich, dass von staatlicher
123 Seite nicht genügend getan wird. Doch es sind die Regierungen von Deutschland, den USA und weiteren
124 Staaten, die den Einsatz in Afghanistan zu verantworten haben. Sie müssen nun auch in der Pflicht stehen
125 alles dafür zu tun die notwendige Evakuierung bestmöglich voran zu treiben. Notfalls auch gegen den
126 Widerstand der Taliban.

127 *Umgang mit den Taliban*

128 Die Bundesregierung darf unter keinen Umständen das Regime der Taliban als die legitime Regierung Af-
129 ghanistans anerkennen. Zwar ist es nicht anders möglich, um möglichst vielen Menschen Hilfe zu leisten,
130 dass man mit den Taliban darüber verhandelt, dass schutzbedürftige Menschen Afghanistan sicher ver-
131 lassen können. Dies darf jedoch keine Anerkennung bedeuten. Es ist fester Bestandteil jungsozialistischer
132 Außenpolitik, dass ein terroristisches, frauenfeindliches, homofeindliches, transfeindliches, undemokrati-
133 sches, radikalreligiöses, gewaltbereites Regime niemals anerkannt werden darf. Weitergehend erkennen

134 wir die von den Taliban vorgestellte Regierung ab und erkennen diese nicht an. Des Weiteren hinterfragen
135 wir kritisch, ob die Taliban tatsächlich eine Mäßigung ihrer Politik und ihres Handels vornehmen wollen.
136 Denn schon jetzt werden die Grundrechte wie die Pressefreiheit maßgeblich eingeschränkt oder sogar
137 abgeschafft. Zusätzlich betrachten wir die zunehmend verschärfte Situation von Frauen mit Sorge, da ihn
138 bereits jetzt ihr Recht auf Arbeit und ihr Zugang zu Bildung größtenteils genommen wurde. Unter anderem
139 deshalb lehnen wir eine Zusammenarbeit mit den Taliban konsequent ab, wenn es um Fragen geht, die
140 Afghanistan betreffen

141 Dies beinhaltet auch, dass wir Maßnahmen, die die Taliban durch die Hintertür unterstützen ablehnen.
142 Eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten (Pakistan), die die Taliban finanzieren und/oder als legitime Regie-
143 rungsmacht anerkennen und somit unterstützen, lehnen wir ab.

144 *Umgang mit Bundeswehrsoldat*innen*

145 Viele Bundeswehrsoldat*innen, die in Afghanistan oder in weiteren Kriegsgebieten eingesetzt waren, lei-
146 den teilweise unter großen psychischen Problemen wie Traumata. Um dieser Problematik entgegenzuwir-
147 ken fordern wir institutionelle psychologische Beratung für die Bundeswehrsoldat*innen, damit sie mit
148 möglichen Traumata nicht alleine gelassen und den politischen Rechten überlassen werden. Die Soldat*in-
149 nen müssen die Möglichkeit erhalten über ihre Erlebnisse zu sprechen und diese mit fachspezifischer Hilfe
150 zu überwinden. Diese psychologischen Beratungsangebote müssen für die Soldat*innen leicht erreichbar
151 sein und dürfen unter keinen Umständen mit beruflichen Konsequenzen verbunden sein. Weitergehend
152 verurteilen wir die ansteigende Radikalisierung zum rechten Rand von Bundeswehrsoldat*innen zutiefst
153 und erkennen Rechtsextremismus als strukturelles Problem in der Bundeswehr an.

154 *Für eine feministische Außenpolitik*

155 Studien zeigen, dass sich sexualisierte Gewalt, Armut und etwa ungewollte Schwangerschaften dezimie-
156 ren, wenn alle Geschlechter gleichgestellt sind. Auch bei der Entscheidungsfindung über politische Lösun-
157 gen. Auch konnte belegt werden, dass (bewaffnete) Konflikte in einem Zusammenhang mit Ungleichheiten
158 innerhalb einer Gesellschaft stehen. Nach der Machtergreifung der Taliban ist vor allem für Frauen und
159 Queere Menschen Afghanistan kein Schutzraum mehr.

160 Bereits vor über 20 Jahren, beschloss der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325, die sicherstellen sollte,
161 dass Frauen an allen „internationalen, nationalen und regionalen Entscheidungsgremien und Mechanis-
162 men zur Vermeidung, Behandlung und Lösung von Konflikten stärker repräsentiert sein müssen.“ Eine
163 Reihe von Nachfolgeresolutionen wurden erfolgreich in den Sicherheitsrat eingebracht und beschlossen;
164 das Thema feministische Außenpolitik ist also kein neues. Doch was passierte? Leider herzlich wenig. Die
165 zuletzt von Deutschland zum 20-jährigen Jubiläum der Resolution 1325, initiierte Resolution 2467, wies
166 auf die noch immer gigantischen Leerstellen hin, die sich gerade auch wieder in Afghanistan auftun. So
167 ist die Verbindung zwischen (bewaffneten) Konflikten und der Gefahr von sexualisierter Gewalt für Frau-
168 en und Mädchen evident, genauso wie sich nachweisen lässt, dass der ökonomische Status von Frauen
169 und nicht-männlichen Personen diese in besonders prekäre Lagen versetzt in denen sie sich Gewalt und
170 Unterdrückung gegenüber gestellt sehen.

171 Unsere feministische Außenpolitik versteht Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen und nicht-
172 männliche Personen, sowie gegen queere Menschen nicht als zufällig, sondern als Symptom des Patri-
173 archats. Deshalb stehen wir auch im Zusammenhang mit der aktuellen Lage in Afghanistan für eine femi-
174 nistische Außenpolitik ein, die bei all ihren Maßnahmen die Zerschlagung patriarchaler Machtverhältnisse
175 berücksichtigt. Grundlage dieser feministischen Außenpolitik ist die Annahme struktureller Ungleichheit
176 (vor allem aber nicht nur) in Bezug auf das Geschlecht. Auch intersektionale Diskriminierungen wie Ras-
177 sismus, Antisemitismus oder Ableismus müssen dabei berücksichtigt werden.

178 Des Weiteren versteht unsere feministische Außenpolitik das Individuum als Fokus ihrer Arbeit und nicht
179 den einzelnen Staat. Denn, wie das Centre for feminist foreign policy zusammenfasst, muss feministische

180 Außenpolitik sich „gegen die im realpolitischen Diskurs vorherrschende Annahme [stellen], dass sichere
181 Staaten automatisch zu Sicherheit der Menschen führen und [anerkennen], dass auch - und vor allem -
182 Staaten und staatliche Strukturen Unsicherheiten für Menschen schaffen.“ Denn selbst wenn es den Ta-
183 liban gelingen sollte, ihre vorgestellte Regierung langfristig zu halten oder gar zu etablieren und einen
184 vermeintlich autarken Staat zu führen, heißt das noch lange keine Sicherheit für Frauen und Queers.
185 Schließlich zeigt sich gerade deutlich: Nicht nur jene Frauen und queeren Menschen, die sich in den ver-
186 gangenen 20 Jahren für eine gleichgestellte Gesellschaft vor Ort eingesetzt haben, sind nun in Gefahr.
187 Die Taliban versuchen auf Grundlage ihrer politisch-extremistischen Auffassung des Islams einen Staat
188 zu errichten, der vor allem Frauen und queere Menschen und jene, die eine andere Vorstellung des Is-
189 lam haben, diskriminiert, ausschließt und verfolgt. Sie alle können nicht auf ein emanzipiertes Leben in
190 Unversehrtheit hoffen und ihnen allen muss unsere Solidarität gelten. Darüber hinaus müssen schnell
191 Rettungsmöglichkeiten für diese besonders vulnerablen Gruppen gefunden werden.